

WIR FORDERN:

## **ERSETZEN DER 1-€-JOBS DURCH SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGE ARBEITSPLÄTZE, DIE EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN OHNE SOZIALLEISTUNGSBEZUG ERMÖGLICHEN**

- Armut hat sich in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland rasant ausgeweitet. Vor dem Hintergrund des parallel dazu immens gestiegenen Gesamtvermögens ist dies ein blamabler Skandal in einem Land, das zu den reichsten der Welt gehört.
- Angesichts der Unfähigkeit des Marktes, die seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut zu überwinden, ist der Staat gefordert, öffentlich geförderte Beschäftigung zu schaffen. Gerade der Staat sollte mit seiner Vorbildfunktion Zeichen für eine gerechte Entlohnung unter Einhaltung von Mindeststandards setzen, die allen Arbeitenden ein Leben ohne Sozialleistungsbezug ermöglichen. Damit würde dem Lohndumping wirksam entgegengetreten und ein Schutzschirm für die Würde jedes einzelnen Menschen unserer Gesellschaft errichtet werden.
- „Arbeitsgelegenheiten“, die statt sozialversicherungspflichtiger Entlohnung nur eine geringe Aufwandsentschädigung von meist unter 200 € pro Monat bedeuten, sind sozial zutiefst ungerecht.
- 1-€-Jobs zementieren die Armut der Betroffenen, weil sie den Sozialleistungsbezug nicht beenden. Normale Standards wie Urlaub und Krankengeld sind ausgeschlossen. 1-Euro-Jobs tragen zur Entrechtung der Betroffenen bei und bieten erwerbslosen Menschen keine wirkliche Perspektive. Die Auswirkungen auf den künftigen Rentenbezug sind fatal: aus diesem Beschäftigungsverhältnis erwächst kein noch so winziger Zuwachs für das Rentenkonto.
- **Deshalb:  
Generelles Ersetzen der 1-€-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsplätze bei fairer Entlohnung, die ein selbstbestimmtes Leben ohne Sozialleistungsbezug ermöglichen!**



### Unterschriftenliste zur Unterstützung der Kampagne „Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze statt 1-€-Jobs“

Wir unterstützen die Forderung, Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-€-Jobs) durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu ersetzen, die ein selbstbestimmtes Leben ohne Sozialleistungsbezug ermöglichen.

Name	Vorname	PLZ	Wohnort	Straße, Haus-Nr.	Unterschrift

Ausgefüllte Unterschriftenlisten bitte an folgende Adresse senden:  
ver.di Bezirksverwaltung Dresden-Oberelbe, Cottaer Str. 4, 01159 Dresden  
V.i.S.d.P.: Frank Fischer, ver.di Bezirk Dresden-Oberelbe, Cottaer Str. 4, 01159 Dresden